



**BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN**  
BUNDESTAGSFRAKTION

# *Demokratie leben und schützen*

UNS GEHT'S UMS GANZE

# Wehrhafte DEMOKRATIE

*Unser Grundgesetz bekennt sich zum wehrhaften demokratischen Rechtsstaat:*

Nie wieder sollen Feind\*innen der Demokratie die freiheitlich-demokratische Grundordnung aushebeln. Heute leben wir aber in einer Zeit, in der unsere Demokratie von innen und außen bedroht wird, in der sich demokratiefeindliche Einstellungen bis tief in die Mitte unserer Gesellschaft ausgebreitet haben.

Foto: Picture-alliance





Wir müssen unsere Demokratie zukunfts-fest, Staat und Gesellschaft widerstandsfähig und stark gegen verfassungsfeindliche Bestrebungen machen – mit einer aktiven Zivilgesellschaft, durch Bildungsinitiativen, aber auch durch konsequente Arbeit der Sicherheitsbehörden. Gleichzeitig müssen wir uns IT-Angriffen, Spionage und den anhaltenden Destabilisierungsversuchen autokratischer Staaten wie Russland, China oder Iran entgegenstellen. Wir wissen uns dabei einig mit Millionen von Menschen, die für die Grundrechte und eine vielfältige Gesellschaft auf die Straße gehen und in ihrem Alltag jeden Tag Demokratie leben.

# WIDERSTAND



Foto: Picture-alliance

# gegen Zersetzung

Feind\*innen der Demokratie sind nicht an einer positiven Entwicklung unseres Gemeinwesens interessiert. Sie reden das Land schlecht, säen Misstrauen und wollen die demokratischen Einrichtungen destabilisieren. Versuche, mit öffentlichen Geldern die Demokratie zu zersetzen, wehren wir entschieden ab. So haben wir das Disziplinarrecht verschärft, um Feind\*innen der Verfassung schneller aus dem öffentlichen Dienst zu entfernen. Außerdem haben wir als Koalition gemeinsam mit der Union ein Stiftungsgesetz geschaffen, damit öffentliche Gelder nur an

politische Stiftungen fließen, die sich für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung einsetzen. Im Parteiengesetz gibt es mehr Transparenz: Einnahmen aus Sponsoring müssen veröffentlicht werden. Unzulässige Strohmann-, Auslands- oder Einfluss-spenden bleiben nicht mehr im Dunkeln. Verdeckte Werbemaßnahmen können sanktioniert werden. Die gesetzlichen Regelungen zur Abgeordnetenbestechung haben wir verschärft. Auch die Unabhängigkeit und Arbeitsfähigkeit des Bundesverfassungsgerichts wollen wir stärker schützen.

# *Vielfältige* **GESELLSCHAFT LEBEN**

Wer den Gegner\*innen der offenen und demokratischen Gesellschaft entgegengerichtete Macht verleiht, nährt nur ihren Machthunger. Unser Motto ist dagegen: Vielfalt leben, mehr Miteinander, mehr Wir! Deshalb hat die Bundesregierung auf unsere Initiative hin den Aktionsplan

„Queer leben“ für Akzeptanz und Schutz sexueller und gesellschaftlicher Vielfalt beschlossen. Zudem haben wir die Antidiskriminierungsstelle des Bundes gestärkt und die gesetzlichen Regelungen zur Hasskriminalität ausgeweitet. Unser Anspruch ist, dass alle res-

pektiert und gehört werden, gleichberechtigt mitgestalten und teilhaben können, angstfrei leben und sich als Gleiche begegnen. Dafür wollen wir Schutzlücken im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) schließen, den Rechtsschutz verbessern und den Anwendungsbereich ausweiten.

Auch das 2024 verabschiedete Selbstbestimmungsgesetz ist eine zentrale Werteentscheidung: Das Versprechen unseres Grundgesetzes gilt für alle und die Würde aller Menschen ist unantastbar. Das wird nun endlich auch für trans- und intergeschlechtliche sowie für nicht binäre Menschen gewährleistet. Nur so werden wir unserem Anspruch gerecht, eine offene Gesellschaft zu sein.

Mit der Nationalen Strategie gegen Antisemitismus und für jüdisches Leben senden wir

als Koalition ein wichtiges Signal: Antisemitismus ist ein gesamtgesellschaftliches Problem. Es gibt keinen Bereich dieser Gesellschaft, der dagegen immun ist. Dieses Problem gehen wir auf allen Ebenen an.

Auch im Kampf gegen Rassismus und für eine moderne Integrationspolitik haben wir grundlegende Reformen erreicht: Mit dem erfolgreichen Chancenaufenthaltsrecht holen wir Menschen in Arbeit und aus der Duldung, Mit einem zeitgemäßen Einwanderungsrecht gehen wir den Arbeitskräftemangel an und eröffnen neue Chancen. Mit der Reform des Staatsbürgerschaftsrechts ermöglichen wir Millionen hier lebenden Menschen nun endlich volle politische und gesellschaftliche Teilhabe. Auch für sie gilt nun: dein Land, dein Pass!

# PRÄVENTION

## *stärken*

Vorbeugen statt Nachsorgen: In der Zivilgesellschaft leisten engagierte Menschen in vielfältigen Initiativen eine unschätzbare wertvolle Arbeit für unsere Demokratie, die endlich auch verlässlich finanziert werden muss. Daher ist es höchste Zeit, dass das Demokratiefördergesetz auf den Weg gebracht wird. Insgesamt brauchen wir eine ganzheitliche Präventionsstrategie, durch die Ideologien der Ungleichwertigkeit und Gewalt bereits an der Wurzel bekämpft werden. Wir sorgen dafür, dass Präventionspro-

jekte wie „Demokratie leben“ im Haushalt ausreichend finanziert werden. Hier zu sparen, käme uns als Gesellschaft absehbar teuer zu stehen. In der Präventionsarbeit müssen wir alle Formen von demokratiefeindlichen Ideologien in den Blick nehmen. Rechtsextremismus ist die aktuell größte Bedrohung, aber auch der gewaltbereite Islamismus gefährdet Menschenleben und ist eine Bedrohung für das friedliche Zusammenleben. Nicht zuletzt auch für die große Mehrheit der rechtstreuen Muslim\*innen in unserem Land.





Mercedes Kierpacz

Kierpacz

Thomas Buchholz

Fatih  
Vili Viorel Păun

#StopTheWar  
Garbuz

Ben Gutzman

Vili Viorel Păun

Said Nesar Hashemi

Foto: Cigdem Ucuncu/NarPhotos/laif

# **ENGAGEMENT**

## **SCHÜTZEN UND STÄRKEN**

Wir müssen die Zivilgesellschaft, Ehrenamtliche, Journalist\*innen und Mandatsträger\*innen gerade auf der kommunalen Ebene noch besser vor Angriffen schützen. Mit ihrem bürgerschaftlichen Engagement erfüllen sie Demokratie mit Leben und leisten einen wichtigen Dienst für das Gemeinwohl. Wir wollen mehr Tempo bei der Reform des Bundesmeldegesetzes, um es Engagierten zu erleichtern, eine Auskunftssperre im Melderegister eintragen zu lassen, sodass ihre privaten Adressen besser vor Missbrauch geschützt sind. Im Gemeinnützigkeitsrecht wol-

len wir verankern, dass sich Vereine innerhalb ihrer steuerbegünstigten Zwecke politisch betätigen und gelegentlich tagespolitisch äußern dürfen.

Seit Generationen engagieren sich junge Menschen in Freiwilligendiensten in der gesamten Breite der Gesellschaft. Diese Tradition wollen wir stärken und fortführen. Mit der Verabschiedung des Freiwilligenteilzeitgesetzes haben wir einen wichtigen Schritt getan, um mehr Flexibilität in den Freiwilligendiensten zu ermöglichen und sie so für junge Menschen attraktiver zu gestalten.

Foto: Picture-alliance



**KLARE**

**KANTE**

# gegen Rechtsextremismus

Rechtsextremismus ist gegenwärtig die größte Gefahr für unsere Demokratie. Ihm müssen wir nicht nur mit Haltung, sondern auch mit klaren Maßnahmen und allen rechtsstaatlichen Mitteln begegnen. Das Waffenrecht muss endlich weiter reformiert werden. Wir wollen legale Schlupflöcher für Verfassungsfeind\*innen schließen, sodass ihnen der Zugang zu gefährlichen Waffen versperrt wird. Wir müssen in einer Bund-Länder-Initiative die Vollstreckung von Haftbefehlen priorisieren und sicherstellen, dass nicht erneut Extre-

mist\*innen in den Untergrund abtauchen. Auch den Verfassungsschutz wollen wir bei seiner Arbeit gegen Rechtsextremismus und andere Feind\*innen der Demokratie besser aufstellen und ihn bei der anstehenden Reform der Nachrichtendienste mit einer zusätzlichen Befugnis zur Aufklärung von Finanzströmen im Extremismus ausstatten. Gleichzeitig stärken wir Rechtsstaatlichkeit und die parlamentarische Kontrolle der Nachrichtendienste. Sie brauchen für gute Arbeit gute Rechtsgrundlagen.

FÜR EINE STARKE POLIZEI IM

# *Rechtsstaat*

Wir haben mit dem unabhängigen Polizeibeauftragten des Bundes beim Deutschen Bundestag erstmals eine Instanz geschaffen, an die sich Polizist\*innen und Bürger\*innen mit ihren Anliegen wenden können und die helfen soll, strukturelle Probleme bei der Polizei zu erkennen. Mit dem Polizeibeauftragten haben wir endlich eine lange geforderte Konsequenz aus dem Terror des NSU gezogen und damit auch die demokratische Kultur in unserem Land gestärkt.



Wir bringen auch dringend notwendige Reformen für die Polizeibehörden des Bundes auf den Weg. Nach 30 Jahren novellieren wir endlich das Bundespolizeigesetz. Damit wird eine längst überfällige Reform politisch umgesetzt. Polizist\*innen der Bundespolizei werden zukünftig mit einem Gesetz arbeiten, das auf der Höhe der Zeit ist. Um künftig besser verhindern zu können, dass Extremist\*innen in den Polizeidienst gelangen, möchten wir die Sicherheitsüberprüfungen vor Antritt des Polizeidienstes deutlich ausweiten.

# SCHUTZ

## KRITISCHER INFRASTRUKTUREN

Wasser, Strom, Internet, öffentlicher Verkehr oder Lebensmittelversorgung – all das sind zentrale Lebensadern unserer Gesellschaft. Digitale Angriffe und andere Sabotageaktionen gegenüber Infrastrukturen und Unternehmen sind längst Realität, bedrohen unsere Sicherheit und verursachen jährlich Schäden in Milliardenhöhe. Sowohl durch massive Desinformationskampagnen als auch durch Angriffe auf kritische Infrastrukturen (KRITIS) versuchen autokratische Regime Demokratien zu destabilisieren. Denn Gesellschaften mit freien Wahlen, Rechtsstaatlichkeit, Meinungsfreiheit und Minderheitenrechten sind ihnen ein Dorn im Auge.





Wir müssen den Bedrohungen durch autokratische Staaten wirksam entgegentreten, den Schutz kritischer Infrastrukturen sowie die Verbesserung der IT-Sicherheitslage entschlossen voranbringen. Das erreichen wir unter anderem mit einem KRITIS-Dachgesetz, das Standards für Vorsorge und Widerstandsfähigkeit schafft. Es wird den digitalen und physischen Schutz zukünftig zusammendenken.



# Gegen

## **Desinformation, Hass und Hetze**

Autoritäre Staaten, allen voran Putins Russland, versuchen mit massiven Desinformationskampagnen die öffentliche Meinung bei uns zu manipulieren und unsere Gesellschaft zu spalten.



CYBER  
POLIZEI

Deutsche Rechtsextreme helfen ihnen und tragen die Propagandabotschaften eifrig weiter. Demokratiefeindliche Radikalisierung findet vor allem im Netz statt. Rassismus, Antisemitismus, Hass auf Frauen, Queerfeindlichkeit und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit werden verbreitet und Menschen gezielt eingeschüchert.

Mit dem überfälligen Gesetz gegen digitale Gewalt wollen wir wirksame Instrumente wie Accountsperrn endlich gesetzlich verankern. Mit dem Schutz der Betroffenen leisten wir einen wichtigen Beitrag zum Schutz unserer Demokratie.

Mit dem Digitale-Dienste-Gesetz haben wir bereits für einen besseren Schutz und mehr Transparenz für Nutzer\*innen von Online-Plattformen gesorgt. Jetzt gibt es erstmals klare gesetzliche Regeln und starke Aufsichtsbehörden für digitale Dienste. Bei systematischen Verstößen drohen Plattformen hohe Bußgelder.

# NOCH FRAGEN?

## ZUM WEITERLESEN:

- ——— gruene-bundestag.de » Themen » Demokratie

## BUNDESTAGSDRUCKSACHEN:

20/9147 u. 20/9774 Reform Parteiengesetz

20/8726 u. 20/9199 Gesetz Finanzierung politische Stiftungen

20/10031 u. 20/10755 Digitale-Dienste-Gesetz

20/9044 u. 20/10093 Reform Staatsangehörigkeitsrecht

20/9148 (neu) u. 20/9784 u. 20/10092 Gesetz Polizeibeauftragter

20/5823 Demokratiefördergesetz (Gesetzesentwurf)

20/6435 u. 20/9252 Reform Bundesdisziplinargesetz

**Bündnis 90/Die Grünen  
Bundestagsfraktion**

Fachbereich 3 – Demokratie und  
vielfältige Gesellschaft

TEL 030 227 56789  
info@gruene-bundestag.de

*Diese Veröffentlichung informiert  
über unsere parlamentarische  
Arbeit im Deutschen Bundestag.  
Sie darf im Wahlkampf nicht als  
Wahlwerbung verwendet werden.*

**Impressum: Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion**  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Gestaltung: St. Kaminski,  
Stand: August 2024, Titelgrafik: St. Kaminski